

Arbeitsgemeinschaft

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

März 2015

Informationsbrief

1/2015

	Seite
Editorial <i>Pfarrer Dieter Kuller</i>	2
Wie verlässlich ist die Bibel? <i>Prof. Dr. Hans Schwarz</i>	2
Darf im Namen Gottes getötet werden? Der Gott der Rache in der Bibel und im Koran <i>Pfarrer Dieter Kuller</i>	4
Zur Diskussion um den Islam <i>Bolko v. Bonin</i>	8
Islam und Islamismus: die gleiche Quelle <i>Jürgen Liminski</i>	11
Im Spannungsfeld von Religion und Politik <i>Bolko v. Bonin</i>	12
Gratulation zur Wahl als neuer Ratsvorsitzender der EKD: <i>LGM</i>	15
Informationen <i>idea, Kath.net, epd</i>	
zur Gender-Ideologie	16
Die Familie und der Zeitgeist	18
Über den Kampf für ungeborene Kinder	19
zur Oekumene	21
Aufgelesen.....	21
Literaturhinweise	23
Zum Nachdenken	24
Impressum	24

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Auseinandersetzung mit dem Islam wird immer dringlicher. Auf der einen Seite breitet sich Angst aus vor einem zunehmenden Einfluss des Islam in Europa, auf der anderen Seite wird das Gewaltpotential des Korans ignoriert oder verharmlost. Hier hilft nur eine sachliche Information weiter. Unsere muslimischen Nachbarn brauchen verlässliche Kenntnisse über den christlichen Glauben und wir Christen sollten etwas mehr von dem wissen, was im Koran steht. Leider wissen viele Christen heute nicht einmal mehr, was in der Bibel steht und warum sie für uns so grundlegend ist. Die folgenden Beiträge möchten zu den genannten Themen wichtige Informationen geben. Es schließen sich aktuelle Nachrichten über Gender, Familie und Oekumene an.

In Verbundenheit unseres christlichen Glaubens

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

Wie verlässlich ist die Bibel?

Prof. Dr. Hans Schwarz

Ist die Bibel Gottes Wort oder einfach Menschen Wort? Nun steht auch nirgendwo in der Bibel, dass uns diese direkt von Gott gegeben worden wäre. Dies ist anders beim Koran, denn nach muslimischem Verständnis wurde dieser von Allah dem Propheten Mohammed übermittelt.

Wenn die Bibel nicht direkt Gottes Wort ist, also nicht von Gott den Menschen sozusagen eingegeben wurde, kann sie dann noch Grundlage unseres christlichen Glaubens sein? An dieser Frage scheiden sich die Geister. So behauptet der Berliner Theologieprofessor Wilhelm Gäß in einem Interview in *Idea Spektrum*, dass „die Bibel keine historischen Fakten berichtet, auch nicht im Falle der Auferstehung Jesu, sondern in mythischen Vorstellungen denkt und Legenden erzählt.“ Wir haben es nach ihm also in der Bibel mit Mythen zu tun. Wie können diese aber dann Grundlage unseres christlichen Glaubens sein? Ganz einfach sagt da der Tübinger Studentenpfarrer Michael Seibt: Es müsse eben „jeder einzelne Leser der Bibel in eigener Entscheidung einem Wort der Bibel seine Zustimmung geben.“ Genau das geschieht heute an vielen Orten. Man pickt sich das aus der Bibel heraus, was einem plausibel erscheint, und macht in ähnlicher Weise auch Anleihen bei anderen Religionen und Weltanschauungen. Das Ergebnis ist eine sogenannte Patchwork Religion, eine selbstgestrickte Religion. Ich bestimme also auf Grund meiner Vernunft oder meiner Erfahrungen, was ich glauben kann und will und was nicht.

Dass ich meinen Glauben selbst verantworten muss, ist selbstverständlich, denn vor Gott kann ich mich auf niemanden berufen. So betonte Martin Luther, dass Glaube immer auch persönliches Vertrauen ist, „denn beide gehören zusammen, Gott und Glaube.“ Da der Glaube sich auf Gott richtet, indem man Gott vertraut, ist es für Luther selbstverständlich, dass es keinen stellvertretenden Glauben gibt. Luther betont: „Ein Christ ist eine Person für sich selbst, er glaubt für sich selbst und sonst für

niemand.“ Man kann also auch nicht auf die Autorität eines anderen Menschen hin glauben, sondern muss den eigenen Glauben selbst verantworten.

Wenn wir allerdings diesen Glauben auf uns gründen, also von unserer eigenen Entscheidung abhängig machen, was wir in der Bibel glauben können und wollen, dann laufen wir Gefahr, dass die daraus entstehende Religion eine Projektion unserer eigenen Wünsche wird. Wir landen also sehr schnell bei Friedrich Feuerbach, einem Religionskritiker des 19. Jahrhunderts. Dieser Glaube hat also seine Grundlage in uns selbst, aber nicht mehr in Gott. Genau das schlägt Michael Seibt vor, wenn er schreibt, die Frage „lautet nicht: Was sagt uns Gott durch diesen Text? – sondern: Wie kommen Menschen eigentlich dazu, so zu reden wie in der Bibel? Interreligiös betrachtet ist dieselbe Frage auch im Blick auf nichtbiblische heilige Texte zu stellen.“ Man geht also nicht von Gott, sondern vom Menschen aus: Was hat einen Menschen bewegt, so von Gott (oder von den Göttern) zu reden?

Wie tragfähig ist aber solch ein subjektiver Glaube? In seiner Auslegung zum ersten Gebot sagte Luther in seinem *Großen Katechismus*: „Woran du nun (sage ich) dein Herz hängst und verlässt, das ist eigentlich dein Gott.“ Zugleich warnte er aber, dass dieser Gott uns in guten und in bösen Tagen tragen soll. Einen Gott hat jeder. Aber ist dieser tragfähig? Wenn wir nur von Menschen reden, was sie bewegt hat, so oder so von Gott zu reden, verlieren wir leicht Gott aus dem Blick und bleiben letztlich bei uns selbst stehen. Was können wir dann noch den Religionskritikern entgegensetzen, die behaupten, Gott sei ein menschliches Produkt? Mit solch einer menschlichen Religion ergeht es uns genauso wie mit aller Wissenschaft, die auch ein menschliches Produkt ist. Die Reichweite ist begrenzt und mit dem Ende unseres Lebens oder dem Ende der Welt stehen wir vor dem Aus. Über den Tod hinaus gibt es keine Hoffnung.

Hier reden die lutherischen Bekenntnisschriften eine andere Sprache. Sie sprechen von der Schrift als der alleinigen Norm. So heißt es am Beginn der *Konkordienformel* des lutherischen Bekenntnisses: „Wir glauben, lehren und bekennen, dass die einzige Regel und Richtschnur, nach der zugleich alle Lehren und Lehrer gleichermaßen eingeschätzt und beurteilt werden sollen, allein die prophetischen und apostolischen Schriften des Alten und Neuen Testaments sind, wie geschrieben steht: ‚Dein Wort ist meines Fußes Leuchte und ein Licht auf meinem Wege‘ (Ps. 119, 105) und bei dem heiligen Paulus: ‚Aber auch wenn wir oder ein Engel vom Himmel euch ein Evangelium predigen würde, das anders ist, als wir es euch gepredigt haben, der sei verflucht‘ (Gal. 1,8).“ Warum sollten wir aber die Bibel so hoch halten, wie das die Bekenntnisschriften tun?

Die Antwort ist einfach. Die Bibel ist das einzige Dokument, das davon zeugt, dass Gott sich uns in unüberbietbarer Weise kundgegeben hat, nämlich in seinem menschlichen Antlitz, Jesus. Luther betonte: „Deswegen hat er [Gott] sein Fleisch vorgehalten, das wir an demselben hangen und es einigermaßen fassen und verstehen könnten.“ Diese Erfasslichkeit Gottes geschah in Jesus Christus, denn in ihm hat er uns sein Herz offenbart. In ihm hat er auch durch die Auferstehung Jesu Christus gezeigt, wie die Welt enden wird, nämlich in der Auferstehung zum ewigen Leben.

Alle menschlichen Voraussagen hingegen enden damit, dass am Ende der Tod steht, für uns und für die Welt insgesamt.

Diese innerweltliche Beschränkung, dass alles mit dem Tod endet, ist nicht verwunderlich, denn unsere Welt ist begrenzt und unser Vernunftwissen auch. Aber, so wird oft argumentiert, wir sind durch die Aufklärung hindurchgegangen und können unsere Vernunft nicht einfach an der Kirchentür abgeben. Das ist sicher richtig, denn gegen die Vernunft zu glauben, wäre schlechthin unvernünftig. Allerdings sollte uns zu denken geben, dass Immanuel Kant, der Philosoph am Ende der Aufklärung in seiner *Kritik der reinen Vernunft* von 1781 aufgezeigt hat, dass sich unser Vernunftwissen auf die phänomenale oder sichtbare Welt beschränkt. Was darüber hinausgeht, ist weder der reinen Vernunft zugänglich noch von ihr her widerlegbar. Kant wollte die Grenzen der Vernunft aufzeigen, um dem Glauben Platz zu machen. Aber genau das ignorieren die sogenannten modernen Bibelkritiker. Sie bestimmen mit ihrer Vernunft, was richtig und falsch ist. Sie vertrauen nicht mehr dem Gott, der sich nach dem Selbstzeugnis Jesu in unüberbietbarer Weise in Jesus Christus kundgetan hat. Ihr Glaube ist somit eine Projektion der eigenen Wünsche, wie das Feuerbach über die Religion insgesamt sagte. Sie enden damit bei einer Religion und haben den christlichen Glauben den Abschied gegeben. Will man jedoch Christ sein, dann muss man mit der christlichen Voraussetzung beginnen, dass sich Gott durch die biblischen Autoren kundgegeben hat und zuletzt „durch den Sohn“ (Heb 1,1).

Darf im Namen Gottes getötet werden? Der Gott der Rache in der Bibel und im Koran

Nach den Terrorakten am 7. Januar 2015 in Paris ist der Islam ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Ängste werden verstärkt und gleichzeitig läuft eine Welle der Verbrüderung durch Europa. Muslime und Christen gehen aufeinander zu und betonen die Gemeinsamkeiten. Diese Gemeinsamkeiten gibt es und es ist gut, wenn wir uns gegenseitig besser kennenlernen und gemeinsam gegen Terrorismus auf die Straße gehen. In einem 'Manifest gegen den Terror' riefen Vertreter der drei großen Religionen in Deutschland dazu auf, in Moscheen, Kirchen und Synagogen für die Opfer der Anschläge von Paris zu beten. „Im Namen Gottes darf nicht getötet werden“ schreiben ranghohe Vertreter von Katholiken, Protestanten, Juden und Muslimen und verurteilen jede Form von Gewalt im Namen der Religionen. Aber gilt der Satz, dass im Namen Gottes nicht getötet werden darf für alle Religionen? Wie stellen sich Bibel und Koran zu Gewaltanwendung und Krieg im Namen Gottes? Wie antworten das Alte Testament, der Koran und das Neue Testament auf diese Frage?

I. Die Bibel – Beispiele aus dem Alten Testament

1) Die Sitte des Kriegsbanes

Josua 6 lesen wir von der Eroberung Jerichos: *...Man blies die Posaunen. Und als das Volk den Hall der Posaunen hörte, erhob es ein großes Kriegsgeschrei. Da fiel die Mauer um, und das Volk stieg zur Stadt hinauf, ein jeder stracks vor sich hin. So eroberten sie die Stadt und vollstreckten den Bann an allem, was in der Stadt war, mit*

der Schärfe des Schwerts, an Mann und Weib, jung und alt, Rindern, Schafen und Eseln. (V 20 u. 21).

1. Samuel 15 wird vom Krieg gegen die Amalekiter berichtet, an denen Saul auf Befehl Jahwes den Bann vollstrecken soll: ...*Verschone sie nicht, sondern töte Mann und Frau, Kinder und Säuglinge, Rinder und Schafe, Kamele und Esel. (V 3).*

Die strenge Form des Bannes sollte das Kriegführen aus Gewinnsucht unterbinden. Diese Form des Bannes konnte sich aber auf die Dauer nicht halten. Zuerst wurden Vieh und Beute, dann auch Frauen und Kinder und schließlich auch die männlichen Gefangenen vom Bann ausgenommen.

2) Beispiele aus den Psalmen

Psalm 3,8: *Auf, HERR, und hilf mir, mein Gott! Denn du schlägst alle meine Feinde auf die Backe und zerschmetterst der Gottlosen Zähne.*

Psalm 54,7: *Gott wird die Bosheit meinen Feinden vergelten. Vertilge sie um deiner Treue willen.*

Psalm 69,29: *Tilge sie (die Verfolger) aus dem Buch des Lebens, dass sie nicht geschrieben stehen bei den Gerechten.*

Psalm 109,10: *Seine Kinder sollen umherirren und betteln und vertrieben werden aus ihren Trümmern.*

Psalm 139,19: *Ach Gott, wollest du doch die Gottlosen töten! Dass doch die Blutgierigen von mir wichen!*

Psalm 143,12: *Vernichte meine Feinde um deiner Güte willen und bringe alle um, die mich bedrängen; denn ich bin dein Knecht.*

Das ist eine deutliche Sprache und es gibt noch mehr Psalmen, in denen der Beter mit seinen Feinden nicht zimperlich umgeht. Darf man so beten? Tatsache ist, so wurde und wird gebetet und es ist gut, dass es solche Psalmen in der Bibel gibt. Sie zeigen, dass wir so vor Gott treten dürfen, wie wir sind, dankbar und voller Freude, oft aber auch wütend, gekränkt, anklagend. Hat nicht auch Jesus so am Kreuz gebetet: „*Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?*“ (Mk 15,34; Psalm 22,2).

Ein Mensch, der beleidigt, gekränkt und gedemütigt wurde und sich in seiner Not an Gott wendet, greift nicht zur Waffe; der Beter der Psalmen bittet Gott, den Widersacher zu strafen. Er muss sich nicht selbst rächen, es ist jetzt Gottes Angelegenheit. Oft sind die Verwünschungen grausam, blutrünstig und manchmal maßlos – aber Gott hört sie an und niemals erhält der Psalmbeter die Anweisung, selbst Rache zu üben und zum Schwert zu greifen. So wendet sich auch der Prophet Jeremia mit seiner Klage an Gott: *Der HERR ist bei mir wie ein starker Held, darum werden meine Verfolger fallen und nicht gewinnen ... Und nun, HERR Zebaoth, der du die Gerechten prüfst, Nieren und Herz durchschaust: Lass mich deine Vergeltung an ihnen sehen; denn ich habe dir meine Sache befohlen (Jeremia 20,11 u.12).*

II. Der Koran

Völlig anders stellt sich die Situation im Koran dar. Allah mahnt seine Gläubigen Gutes zu tun (Sure 3,134) und tolerant zu sein (Sure 2,256 u. 109, 6). Gleichzeitig befiehlt Allah im Koran, die zu töten, die den Islam ablehnen.

Sure 2,191: *Tötet sie (die Ungläubigen), wo ihr sie trifft!*

Sure 4, 89: *Wenn sie sich abwenden, dann ergreift sie und tötet sie!*

Sure 5, 33: *Die Vergeltung für die, die Gott und seinen Gesandten bekämpfen und zu Unheil im Land umhereilen, ist, dass sie getötet oder gekreuzigt, dass ihnen wechselseitig Hände und Füße abgehackt oder dass sie aus dem Land vertrieben werden.*

Sure 9, 5: *Wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Polytheisten (gemeint sind diejenigen, die an den Dreieinigen Gott glauben), wo ihr sie findet!*

Sure 9, 111: *Die Gläubigen kämpfen auf Allahs Weg, töten und werden getötet.*

Es ist bekannt, dass Mohammed am Anfang seines Wirkens in Mekka eine tolerante Haltung zeigte und Juden und Christen freundlich begegnete. Nach seiner Flucht nach Medina (622 n. Chr., Beginn der islamischen Zeitrechnung) gewann er Einfluss als religiöses und militärisches Oberhaupt und die danach dort entstandenen Suren sind gesetzlich und kämpferisch. Bei gegensätzlichen Aussagen gelten die zeitlich später in Medina offenbarten Suren und somit die strengere Version. In der gegenwärtigen Situation werden von Muslimen gerne die versöhnlich klingenden Suren aus Mekka zitiert, die aber vielfach nicht mehr gelten. Eine weitere Schwierigkeit für den Dialog mit Muslimen ist die Tatsache, dass der Koran nur in arabischer Sprache als authentisch gilt. Die vorhandenen Übersetzungen geben die Suren oft in ganz unterschiedlichen Versionen wieder und je nach Tradition werden sie von den muslimischen Gelehrten auch unterschiedlich ausgelegt.

Ob junge Europäer, die sich entschließen in die Terrorszene abzutauchen und im Nahen Osten an der Seite der Dschihadisten zu kämpfen, den Koran gelesen haben oder nicht, ist unerheblich. Auf Grund ihrer oft desolaten und perspektivlosen Lebensumstände oder aber auch wegen des Überdrusses an der westlichen Gesellschaft und ihrer zunehmenden Verflachung geraten sie unter den Einfluss fanatischer Islamisten und Hassprediger, die ihrem Leben vermeintlich einen neuen Inhalt und Sinn geben und sie mit paradiesischen Versprechungen locken. Diese Prediger berufen sich auf den Koran und finden in den Suren alles, was sie brauchen: Allahs Befehl zum Kämpfen und Töten und Allahs Belohnung für die Märtyrer. Wer im Kampf getötet wird, gelangt unmittelbar ins Paradies.

Sure 3, 158: *Wenn ihr sterbt oder (im Kampf) getötet werdet, werdet ihr zu Gott versammelt.*

Sure 47, 4-6: *Wenn ihr die trifft, die ungläubig sind, dann schlägt auf ihren Nacken! ... Denen, die auf Allahs Weg getötet werden, er wird sie führen und ihnen Heil schenken, sie in das Paradies führen.*

Sure 3, 195: ... *Die gekämpft haben und getötet worden sind, denen tilge ich gewiß ihre Missetaten und führe sie in Gärten, in deren Niederungen Bäche fließen. Das ist ihre Belohnung von Allah. Bei Allah wird man gut belohnt.*

Bei Allah wird man gut belohnt, belohnt dafür, dass man gekämpft und getötet hat und im Kampf getötet wurde.

III. Das Neue Testament

Für Christen ist das Neue Testament Regel und Richtschnur für Glauben und Handeln. Die Gebote Jesu, die Nächsten- und die Feindesliebe betreffend sind klar und eindeutig: *Aber ich sage euch, die ihr zuhört: „Liebt eure Feinde; tut wohl denen, die euch hassen; segnet, die euch verfluchen; bittet für die, die euch beleidigen“* (Lk 6,27 f; s. a. Mt 5, 44 ff; Rö 12,16-18). Jesus hat nie mit der Waffe gekämpft, er hat keine Kriege geführt und niemals seinen Anhängern befohlen, Ungläubige und Andersgläubige anzugreifen und zu töten. Als Petrus ihn bei seiner Gefangennahme mit dem Schwert verteidigen wollte sprach Jesus zu ihm: *„Stecke dein Schwert an seinen Ort! Denn wer das Schwert nimmt, der soll durchs Schwert umkommen“* (Joh 18,10 u. Mt 26,52). Damit sind alle Aufforderungen zum Töten, die sich im Alten Testament finden und dort auf eine ganz bestimmte kriegerische Situation bezogen sind, ein für alle Mal erledigt. Der Apostel Paulus fasst zusammen, was schon der Überblick über die Psalmen gezeigt und was Jesus immer wieder seinen Jüngern aufgetragen hat. Paulus schreibt im Römerbrief: *Rächt euch nicht selbst, meine Lieben, sondern gebt Raum dem Zorn Gottes; denn es steht geschrieben (5. Mose 32,35): „Die Rache ist mein; ich will vergelten, spricht der Herr.“ Vielmehr, „wenn deinen Feind hungert, gib ihm zu essen; dürstet ihn, gib ihm zu trinken. Wenn du das tust, so wirst du feurige Kohlen auf sein Haupt sammeln.“ Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem* (Rö 12,19-21).

Ergebnis

So ergibt sich eine differenzierte Antwort auf die Frage, ob im Namen Gottes getötet werden darf. Die Bibel antwortet darauf: „Im Namen des Dreieinigen Gottes darf nicht getötet werden.“

Leider gibt der Koran eine andere Antwort. Der Koran ist nach muslimischem Verständnis zeitlos, seit Ewigkeit im Himmel aufbewahrt. Für den Muslim ist der Koran das Wort Gottes, das Allah durch den Engel Gabriel an Mohammed übermitteln ließ (Sure 42,52; 2,97). Der Koran ist für den Muslim – entsprechend dem Neuen Testament für die Christen – die Hauptquelle des Glaubens und die letzte Instanz in der Feststellung der gesetzlichen Bestimmungen. Das gilt auch für die Suren, die zum Töten auffordern und von nicht wenigen befolgt werden - an Ungläubigen, die sich nicht zum rechten Islam bekennen oder Mohammed und den Koran beleidigen (z.B. Al Qaida, der IS, Boko Haram, Al-Shabaab u.A.). Solange diese Suren nicht durch ein Komitee von international anerkannten Islamgelehrten neu interpretiert werden und diese neue Auslegung nicht von den Ländern der islamischen Union ratifiziert wird, solange gilt in Übereinstimmung mit dem Koran: „Im Namen Allahs darf getötet werden“.

D.K.

Zur Diskussion um den Islam

das Eine tun, ohne das Andere zu unterlassen

Die Menschenwürde ist unteilbar und gilt für alle Menschen aller Rassen, Hautfarben, Religionen und Einstellungen. Das ist Grundlage aller freiheitlichen Gesellschaften, die gelebt und verteidigt werden muss. Für uns Christen ergibt sich das schon aus dem Gebot der Nächsten- und der Feindesliebe. Wir müssen also Wege suchen und hoffentlich auch finden, wie Christen und Muslime hier und weltweit im Frieden miteinander leben. Dabei hilft es aber nicht, die Unterschiede und Gegensätze zu beschönigen.

Richtig ist, dass alle Religionen ihren Glauben für wahr halten, aber sie unterscheiden sich in der Toleranz und – wie im vorhergehenden Beitrag dargelegt – in der Beurteilung von Gewalt gegenüber anderen Auffassungen.

Dem Christentum z. B. ist seit Christus Friedfertigkeit (*„Wenn dich einer auf die linke Backe schlägt, dann halt ihm auch die andere hin“*, Mt 5,39, Lk 6,29) bis hin zur Feindesliebe (Mt 5, 43-45, Lk 6,27 u. 35) vorgegeben, auch wenn nicht immer danach gehandelt wurde und wird.

Der Koran (Zitate und Stellenangaben aus dem Koran nach der Übersetzung von Ludwig Ullmann) verlangt die Unterwerfung unter Allah und ggf. Vernichtung der „Ungläubigen“ (z. B. Sure 9,5: *„Sind aber die heiligen Monate, in welchen jeder Kampf verboten ist, verflossen, dann tötet die Götzendiener, wo ihr sie auch finden möget; oder nehmt sie gefangen oder belagert sie und lauert ihnen auf allen Wegen auf.“*)

Auch wenn die Mehrheit der bei uns lebenden Muslime friedlich ist, so sieht sich doch eine Minderheit aufgerufen, diese Forderung aktiv umzusetzen.

Als Beleg für die Friedfertigkeit des Islam wird Sure 5,33 angeführt: *„Daher haben wir den Kindern Israels vorgeschrieben, dass, wer einen umbringt, nicht um zu vergelten oder weil dieser Verderben anrichtet, es so sei, als habe er alle Menschen umgebracht. An anderer Stelle in Sure 4, 93 steht „ein Rechtgläubiger darf keinen Rechtgläubigen töten...“*. Beide Verse beinhalten kein allgemeines sondern nur ein sehr eingeschränktes Tötungsverbot – es gilt nur für Israeliten bzw. schützt nur Muslime.

Es ist verständlich, dass Kirchenführer und Politiker hoffen, dass die friedliche Mehrheit der Muslime bei uns eine Art „Aufklärung“ nachholt und sich daraus ein Euro-Islam entwickelt. Man hofft, den Islam mit denselben Mitteln neutralisieren zu können, mit denen man bei uns schon den Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten entschärft hat - nämlich durch Einbindung in eine säkulare, religiös neutrale Ordnung. Das mag bei einem kleinen Teil hier lebender Muslime gelingen, aber dauerhaft nicht bei der Mehrheit, die an Mohammed, den Propheten Allah's glaubt, dem der Koran als unveränderliches Wort Gottes offenbart wurde.

Viele Enkel der in westliche Länder eingewanderten und sozialisierten Muslime werden sich wieder ihrer muslimischen Wurzeln bewusst und leben sie oft in radikalisierte Aggressivität.

Ein aufgeklärter Islam ist für absehbare Zeit Wunschdenken, denn es ist nicht zu erwarten, dass die religiösen Autoritäten des Islam, die für rd. 1,6 Milliarden Muslime weltweit maßgeblich sind, die klaren Aussagen des Koran „zurechtinterpretieren“ werden.

Es ist nachvollziehbar, dass Politiker und Kirchenführer bemüht sind, einer Radikalisierung der Gesellschaft nach den grausamen Anschlägen radikaler Muslime entgegenzuwirken z.B. nach der Anschlagsserie in Frankreich 1995, den Terroranschlägen am 11. September 2001 in den USA, den Madrider Zuganschlägen (2004), den Terroranschlägen am 7. Juli 2005 in London, der Anschlagsserie in Midi-Pyrénées (2012), den jüngsten Terroranschlägen im Januar 2015 in Paris und der Vielzahl versuchter aber misslungener oder verhinderter Anschläge.

Es ist ja nicht zu übersehen, dass die grausamen Terrorakte auch andernorts auf der Welt z.B. in Indonesien, Somalia, Nigeria, die Enthauptungen, Versklavungen und Vertreibungen in Syrien und im Irak nicht nur von Einzeltätern begangen werden, sondern von vielen Muslimen, die sich auf den Koran berufend auch in den Tod gehen. Selbst als Minderheit sind sie äußerst wirkmächtig.

Auch wenn die Mehrheit der Muslime friedfertig ist, zeigen die genannten Beispiele doch, dass der Koran zu solchen Taten motiviert, was ja auch durch die Bekenntnisse der Attentäter durch den Ruf „Allahu Akbar“ (Allah ist der Größte) unterstrichen wird, mit dem sie in den Tod gingen. Zweifellos spielt dabei eine wichtige Rolle, dass Märtyrern das Paradies mit einem Wohlleben in Lust und Wonne versprochen wird (Suren 18,31+32 / 35,33+34/ 52,18-25 / 55,55-77 / 56,13-38 / 76,13-22 / 88,11-17) u.a. mit wunderschönen Frauen - großäugigen und vollbusigen Houris, die ihnen als jungfräuliche Gattinnen zur Verfügung stehen (Suren 52,21/ 55,57,59,71,73,75). Es sollen für jeden 72 Frauen sein (Hadith 2571). Die Angehörigen eines Märtyrers sind Witwen, Söhne, Eltern „eines Löwen“.

Da dieser Zusammenhang bei uns – politisch korrekt - nicht offen thematisiert oder heruntergespielt wird, provoziert das Kräfte, die ebendies zur Sprache bringen und um medial Gehör zu finden, tun sie es ohne die nötigen Differenzierungen (z.B. Flüchtlinge, friedliche Moslems). Daraus erwächst der Vorwurf und Makel, fremdenfeindlich, islamophob oder rassistisch (!?) zu sein. Pauschal werden daraus „xxxxx-hasser“ und so versucht, auch sachlich mit Fakten Argumentierende ins gesellschaftliche Abseits zu stellen. Das ist unglaubwürdig und kann auf Dauer nicht gut gehen.

Für Politiker und Medien ist dies eine schwierige Situation, in der sie sich zwischen Skylla und Charybdis hindurch zu lavieren versuchen.

In dem Zusammenhang ein Wort zum Slogan von den Gemeinsamkeiten der drei „Abrahamitischen Religionen“ (Judentum, Christentum, Islam):

Es ist zwar richtig, dass diese monotheistischen Religionen einen einzigen Gott bekennen, aber dieser ist seinem Wesen nach sehr unterschiedlich, so dass man nicht vom gleichen Gott sprechen kann. (s. auch unser InfoBrief 1/2011 „Das islamische Menschenbild „ und „Was den Diskurs zwischen Christentum und Islam so schwer macht“).

So vertritt auch der frühere ProChrist-Leiter Pfarrer Ulrich Parzany in einem Beitrag für *idea* die Meinung,

der Glaube an Jesus Christus und an den Koran sind unvereinbar:

Gott hat sich entweder in seiner Liebe im gekreuzigten Jesus Christus offenbart oder der Koran (Sure 4,157 – 158) hat Recht, wonach Jesus, der Prophet, nicht gekreuzigt wurde. Jesus als Gott anzubeten sei nach dem Koran Götzendienst und eine Sünde, die nicht vergeben werde.

Es hilft nicht, die Gegensätze zu leugnen

Zur Wahrheit gehört, dass Jesus seinen Nachfolgern die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung oder Verteidigung ihres Glaubens verboten und die Feindesliebe geboten hat. Wenn Christen das missachteten und Gewalt gebrauchten, haben sie damit Jesus verraten. Jesus hat in der Bergpredigt mit seinem „Ich aber sage euch“ auch die Gebote des Alten Testaments zur Gewaltanwendung aufgehoben (Mt 5,38–45).

Wahr ist auch, dass Koran und Sunna in Sachen Gewalt etwas anderes lehren.

Gehört der Islam zu Deutschland?

Es ist unbestreitbar, dass die hier lebenden Muslime zu Deutschland gehören und soweit sie unser Grundgesetz anerkennen und ernst nehmen sind sie auch willkommen. Somit gehören auch ihre Sitten und Gebräuche, ihre Moscheen, ihre Feiertage zum bunten Erscheinungsbild in Deutschland – genauso wie auch die von Juden, Angehörigen anderer Religionen und Atheisten.

Aber gehört deshalb der Islam als solcher einschließlich der - mit unseren unvereinbaren - Werte zu Deutschland, wie der frühere Bundespräsident Christian Wulff und die Bundeskanzlerin Angela Merkel meinen?

Der deutsch-ägyptische Politologe Hamed Abdel-Samad konkretisiert das so: „*Gehört die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige auch zu Deutschland? Was ist mit Dschihad? Was ist mit Polygamie? Was ist mit der Todesstrafe für Apostaten? Was ist mit Körperstrafen für Diebe und Ehebrecher und Alkoholtrinker? Was ist mit Frauenrechten, die im Islam kaum vorhanden sind? Was ist mit Sklaverei, die im Islam nicht verboten ist?*“ (Facebook 15.1.15). Man kann hinzufügen: was ist mit freier Meinungsäußerung - auch zum Koran und zu Mohammed – und was ist mit den bei uns sogar gesetzlich privilegierten homosexuellen Paarbeziehungen, die im Islam bis hin zur Todesstrafe bedroht werden (letzteres im Iran, Mauretanien, Sudan, Jemen, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate)?

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder hat bereits 2012 erklärt, zwar gehörten die Muslime zu Deutschland, nicht aber der Islam, was er in einem Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel“ jetzt bekräftigte. Nach seinen Worten wird derzeit zu Recht die Frage gestellt, von welchem Islam gesprochen werde: „Ist es eine Form des aufgeklärten Islam? Oder ist es die strenge Form, wie er etwa in Saudi-Arabien praktiziert wird? Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU) meinte kürzlich: „Welcher Islam ist gemeint? Gilt das auch für seine islamistischen und salafistischen Strömungen?“ vB

Islam und Islamismus: die gleiche Quelle

Jürgen Liminski

Die neue Appeasement-Formel lautet: „Der Islam hat mit dem Islamismus nichts zu tun“. Hat er leider doch! Es zieht sich eine geistige Blutspur von dem Anschlag der Taliban auf eine Schule in Pakistan, den Enthauptungen der Terrormiliz IS in Syrien und im Irak über die Morde und Versklavungen der Terrormiliz Boko Haram in Nigeria bis hin zu dem Anschlag auf die Meinungsfreiheit in Europa in der Satire-Zeitschrift Charlie Hebdo – um nur die jüngsten Ereignisse im Terrorkrieg zu nennen. Denn all diese Terroristen berufen sich auf den Koran. Und dieses Buch gibt die mörderischen Interpretationen auch her.

Die Zahl der radikalen Muslime steigt

Man kann das bedauern und betauern, die meisten Muslime in Europa lebten doch friedlich mit ihren nichtmuslimischen Nachbarn zusammen. Das stimmt. Aber es geht nicht um die friedlichen Muslime in Europa, sondern um die Quelle des Hasses. In den Wassern des Koran fließt eben auch Blut. Das Buch ist ambivalent. Repräsentativ ist dafür vor allem die berühmte Sure 9. Wer sie historisch einordnet (entstanden im Feldzug Mohammeds gegen die Mekkaner), der wird die Mordbefehle nach dem Prinzip „Unterwerfung oder Tod“ der Vergangenheit anheimgeben. Aber nach gängiger Überzeugung der bedeutenden Rechtsschulen im Islam ist der Koran unmittelbares Wort Gottes, dem Propheten in die Hand diktiert und deshalb nicht zur Interpretation freigegeben. Nun finden sich daneben auch die Suren, die zur Barmherzigkeit und Mitmenschlichkeit aufrufen. Da es aber keine Autorität gibt, die für alle Muslime repräsentativ ist und eine verbindliche Interpretation vorlegen kann, kann jeder Muslim aus dem Koran herauslesen, was er will. Die meisten mögen eben die friedlichen Suren. Aber die Zahl der radikalen Muslime, die Gewalt predigen, steigt.

Die Saat ist aufgegangen

Man kann bei der Ursachenforschung die Fehler in der Orientpolitik des Westens suchen und wird auch nicht wenige finden. Man kann auch die substanz- und ideenlose Politik, die Werte-Leere im politisch-medialen Establishment der freien Welt beklagen. Die Hauptursache ist allerdings hausgemacht. Die demografische Explosion in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts im islamischen Krisenbogen von Casablanca bis Taschkent wurde bildungspolitisch nicht aufgefangen. Die vielen Millionen Kinder gingen eben nicht in Schulen, sondern in Koranschulen und waren den dumpfen Parolen fanatischer Imame – etwa der Muslimbrüder in Ägypten oder der Taliban in Pakistan – ausgeliefert. Diese Saat ist aufgegangen.

Der Islam braucht ein Konzil

Viel wäre gewonnen, wenn die Muslime in Europa sich in einer Art Konzil oder Synode darüber verständigten, den Koran als Produkt seiner Zeit zu betrachten und eben nicht als Buchstabe gewordenes Wort Allahs, das man nicht relativieren dürfe. Tun sie es nicht, wird der Islam an seinen inneren Widersprüchen zerschellen.

Im Spannungsfeld von Religion und Politik

Religionen postulieren Werte und fassen sie in Gebote. Früher konnten diese in weitgehend homogenen Gesellschaften von oben nach unten durchgesetzt werden - in Zeiten, als die meisten Menschen weder lesen, noch schreiben, noch weit reisen konnten, um andere Religionen und Ideen kennen zu lernen.

Stark vereinfacht und verkürzt verlief die Entwicklung in Europa so:

Im Mittelalter gab es das ottonische Staatskirchensystem des „domus dei“ - des Hauses Gottes - dessen von Gott für die göttliche und die weltliche Ordnung eingesetzter Verwalter der König war.

Im 11. und 12 Jh. kam es zu Auseinandersetzungen zwischen weltlicher und geistlicher Macht, die im Investiturstreit gipfelten – z.B. dem Gang König Heinrich IV. nach Canossa zu Papst Gregor VII. im Januar 1077.

Später kam es angesichts der geistlichen „Lockerungsübungen“ im Zuge der Aufklärung zum Bündnis von Thron und Altar.

In evangelischen Ländern war noch bis 1918 der Landesherr Summus episcopus d.h. oberster Bischof.

Die Gewichte von geistlicher und weltlicher Macht haben sich in der westlichen Welt durch die Aufklärung und Wissenschaft sowie wirkmächtiger Ideologien stark zu Gunsten weltlicher Macht verschoben, und im Laufe der Geschichte wurde - im Unterschied zum Islam - die institutionelle Trennung von Kirche und Staat selbstverständlich.

Die schnelle weltweite Kommunikation, Möglichkeiten der Information und von Fernreisen haben dazu geführt, dass die Gesellschaften in entwickelten Ländern hinsichtlich der Wertvorstellungen nicht mehr homogen, sondern pluralistisch sind – bis hin zum „anything goes“, so dass viele glauben, ohne eine höhere Gewalt – ohne Gott auskommen oder gar selbst Gott spielen zu können.

Politik in einer offenen pluralistischen Gesellschaft muss deshalb Wertvorstellungen verschiedener Religionen, Philosophien und Ideologien gerecht werden.

Dies geschieht durch einen Regelrahmen, der durch von Menschen beschlossene und stets änderbare Gesetze bestimmt ist, die aber nicht allen Wertvorstellungen gleichermaßen gerecht werden können.

So ist z.B. in unserem Rechtssystem ein hoheitlicher Strafanspruch verankert, der auf „Unrechtsbewältigung“ zielt.

Im islamischen Rechtssystem steht dagegen „Konfliktbewältigung“ im Vordergrund - das Herstellen und Bewahren des Rechtsfriedens im Einklang mit der Scharia. Das beinhaltet zwar auch Strafen, wenn es um Kernfragen der islamischen Gesellschaft geht – etwa bei Abfall vom Islam, unerlaubtem Geschlechtsverkehr oder Straßenraub. Bei Körperverletzungs- und Tötungsdelikten hingegen kann der Rechtsfrieden durch Vergeltung aber auch durch Strafverzicht bei finanzieller Wiedergutmachung (Blutgeld) erreicht werden. Islamische Schlichter interessiert dabei nicht, ob eine Tat bewiesen oder ob ein Tatverdächtiger schuldig ist oder nicht, sondern hauptsächlich wie ein Konflikt zu lösen ist.

Auch die Stellung der Frau im Islam ist mit dem bei uns vorherrschenden Wertesystem nicht vereinbar.

Aufgabe der Religion bzw. der verfassten Kirchen ist es, das pluralistische Meinungsbild an den besonderen Werten der jeweiligen Religionen zu messen und diese möglichst mehrheitlich zur Geltung zu bringen.

Wo ein solches Korrektiv fehlt oder undeutlich ist, wird die Mehrheit der Individuen den zeitnah individuell größten Nutzen versprechenden Weg gehen - oft ohne die Folgen für andere, die Gesellschaft insgesamt und für kommende Generationen im Blick zu haben - auch weil diese Informationen vielfach nicht bekannt sind oder ausgeblendet werden. Eine Minderheit, die Bedenken hat, kann dies nach den Regeln der Demokratie nicht verhindern.

Wir können das aktuell beobachten z.B. beim Thema Abtreibung, bei der Diskussion um aktive Sterbehilfe, bei der hochumstrittenen „Orientierungshilfe“ der EKD zur Familie, bei der Bewertung von Homosexualität und bei dem unverantwortlichen Schuldenberg den öffentliche Hände angehäuft haben. Die Schulden flossen nicht nur in später rentierliche Zukunftsinvestitionen wie Infrastruktur und Bildung, sondern auch in die Sozialsysteme – also den Konsum – was nachkommende Generationen zu Gunsten der heutigen massiv belastet. Die Massenproteste in Frankreich, Italien und Griechenland gegen die Sanierung der Staatshaushalte zeigen, dass dies höchst aktuell ist.

Die oft zufälligen und auch aus wahltaktischen Gründen dem Mainstream folgenden demokratischen Mehrheiten bedürfen daher eines Wertegerüsts – eines Rahmens für die demokratische Meinungsbildung.

Der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat das so formuliert: **„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“**

Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“ (Ernst-Wolfgang Böckenförde: Staat, Gesellschaft, Freiheit. 1976, S. 60).

Im Feudalismus regierte der König als Souverän von „Gottes Gnaden“. Die Legitimität seiner Herrschaft wurde also transzendent begründet. In der Demokratie delegiert das Volk je nach Verfassung mehr oder weniger große Teile der Souveränität an Parlamente und Staatsoberhäupter.

Das führt zu Schwierigkeiten bei der Lösung der Frage, wie eine demokratisch verfasste Gesellschaft ihren Fortbestand sichern kann. Böckenförde macht auf das Paradoxon aufmerksam, dass der Staat bei dem Versuch, die Demokratie mit „den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots“ zu verteidigen, selbst zur Diktatur wird, weil er sich damit über das „Volk als Souverän“ stellen würde.

Böckenförde präzisiert daher sein o. g. Diktum: „*Vom Staat her gedacht, braucht die freiheitliche Ordnung ein verbindendes Ethos, eine Art „Gemeinsinn“ bei denen, die in diesem Staat leben. Die Frage ist dann: Woraus speist sich dieses Ethos, das vom Staat weder erzwungen noch hoheitlich durchgesetzt werden kann? Man kann sagen: zunächst von der gelebten Kultur. Aber was sind die Faktoren und Elemente dieser Kultur? Da sind wir dann in der Tat bei Quellen wie Christentum, Aufklärung und Humanismus. Aber nicht automatisch bei jeder Religion.*“

Eine säkulare Version dieser Gedanken findet sich schon bei Aristoteles: dass die Tugend eines Staates sich auf die Tugend der Bürger gründe und dass diese auf deren Anlage, Gewöhnung und vernünftiger Einsicht beruhe - was auch in der Volksweisheit steckt, dass jedes Volk die Regierung habe, die es verdient. Daher erscheint die politische Charakter-Bildung als Existenzbedingung und deshalb auch als wesentliche Aufgabe guter staatlicher Ordnung.

Die massenhafte Tötung ungeborenen Lebens, verbreitete Unzucht, Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, Korruption, das zur Finanzkrise 2009 führende Verhalten von Bankmanagern zeigen beispielhaft, dass politische und rechtliche Maßnahmen - wenn sie erfolgreich sein sollen - der Abstützung durch ethisches Verhalten bedürfen. Deshalb hat der katholische Theologieprofessor und Oekumeniker Hans Küng die Grundelemente eines Welt-Ethos herausgearbeitet, weltweit diskutiert und bis auf UNO-Ebene zur Sprache gebracht. Das Welt-Ethos (Global Ethic) als sittliche Grundhaltung basiert auf den Grundprinzipien Humanität (jeder Mensch muss menschlich behandelt werden) und dem Erfordernis der Gegenseitigkeit (was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu). Diese Prinzipien werden konkretisiert durch die ethischen Grundregeln für die lebenswichtigen Bereiche menschlichen Zusammenlebens, die weltweit in allen Religionen und Kulturen gefordert werden: nicht töten (morden), nicht stehlen, nicht lügen (falsch Zeugnis geben), Sexualität nicht missbrauchen (Unzucht treiben). Bei der Konkretisierung dieser Standards gibt es allerdings z.T. bedeutsame Unterschiede (z.B. wann ist töten erlaubt – also nicht Mord, Gleichberechtigung der Frauen, was ist in welchem Umfang als Eigentum geschützt).

Wenn der demokratisch verfasste, säkularisierte Staat auf ethische Maßstäbe angewiesen ist, die er selbst nicht garantieren kann, weil er auf die Gesinnung seiner Bürger angewiesen ist, dann muss er sich also auf ein außenstehendes von der Mehrheit bejahtes Ethos berufen können.

Die Bibel postuliert ein solches über Jahrtausende erprobtes Ethos. Dieses überzeugend in die Debatte einzubringen, könnte und sollte Aufgabe der Religion(nen) bzw. der diese repräsentierenden verfassten Kirchen sein. Aber unsere evang. Kirche folgt in wichtigen Fragen dem Zeitgeist, der von überkommenen christlichen Werten zunehmend abrückt. Sie sollte und könnte aber - unter Hinweis auf biblische Ethik – dem Zeitgeist widersprechend Profil zeigen. Stattdessen interpretiert sie dem Zeitgeist entgegenlaufende Bibelaussagen unter Berufung auf die historische-kritische Methode zeitgeistgemäß um. Beispiele sind Abtreibung, Verständnis von Ehe und Familie,

Homosexualität. Unüberhörbar ist die Diskussion über aktive Sterbehilfe und die Infragestellung wesentlicher Heilsbotschaften z.B. die Gottessohnschaft, das Sühnopfer und die Auferstehung Christi.

Statt das große Potential zu nutzen, unter Berufung auf die Bibel ethische Maßstäbe auch gegen den Mainstream zu verteidigen oder wieder zu setzen und so glaubwürdig ihre Kernkompetenz in die Waagschale zu werfen, bekräftigt unsere evang. Kirche Vieles, was alle Welt fordert und kann so kein überzeugendes Profil gewinnen. Die innerkirchlich infrage gestellte Heilsbotschaft dringt in der Öffentlichkeit kaum noch durch, und so erwarten viele Menschen von den verfassten Kirchen keine Hilfe auf dem Heilsweg - und die Kirchen bleiben leer. Viele Nenn-Christen verlassen die Kirchen oder ziehen sich zurück, bibelorientierte Christen wandern ab in Hauskreise oder in Freikirchen. Daran ändern schöne aber utopische Visionen nichts - z.B. eine friedliche Welt ohne Waffen zu schaffen wie im letzten Jahr von der ehemaligen EKD-Vorsitzenden Margot Käßmann publikumswirksam verbreitet. Dies mag dem menschlichen Machbarkeitswahn schmeicheln, ist aber – wie so vieles was unsere evang. Kirchen propagieren - ohne biblische Verheißung (z.B. Mt 24,6; Joh 14,23). vB

Gratulation zur Wahl als neuer Ratsvorsitzender der EKD:

München, 3.12.2014

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
lieber Herr Landesbischof,

der Leitungskreis der Lebendigen Gemeinde München freut sich mit Ihnen über Ihre Wahl zum Ratsvorsitzenden der EKD. Nun kommt ein noch größeres Arbeitspensum auf Sie zu, das Sie bewältigen müssen. Aber Sie dürfen gewiss sein, dass viele Christen mit ihrer Fürbitte bei Ihnen sind. Die Lebendige Gemeinde München gehört dazu. Damit verbunden ist der Wunsch und die Bitte, dass sich an der Arbeit des EKD-Rates nun auch einiges verändern wird. Im Grundlagentext der EKD zum Reformationsjubiläum „Rechtfertigung und Freiheit“ finden sich dazu einige hoffnungsvolle Ansätze, wenn es z. B. unter Punkt 2.2.2 heißt „Die Kirche darf sich nicht mit diesem oder jenem beschäftigen, sondern muß die Geschichte von Leben, Sterben und Auferstehen Jesu Christi erzählen. Dafür ist die Kirche da“ oder Punkt 2.5.2: „An der Schrift sind kirchliche Lehre und kirchliche Praxis immer wieder neu zu messen“. Viele Gemeindeglieder sind zuversichtlich, dass uns in Zukunft EKD-Produkte wie „Eine (Klo-)Tür ist genug“ oder „Sie ist unser bester Mann“ erspart bleiben und im Zentrum der Arbeit des EKD-Rates das stehen wird, was der EKD - Grundlagentext als Aufgabe der Kirche nennt: Die Geschichte von Leben, Sterben und Auferstehen Jesu Christi.

Die Lebendige Gemeinde München, zu der in Deutschland rund 2000 Empfänger unseres Informationsbriefes gehören, erbittet für Sie und Ihre Familie Gottes behütendes Geleit und für Sie persönlich, dass der Heilige Geist Sie „im rechten Glauben heiligt und erhält“ und eben dadurch auch das gute Gewissen für die zur Erholung notwendigen Ruhepausen gibt.

In der Verbundenheit des Glaubens an den Auferstandenen
Pfarrer Dieter Kuller Bolko von Bonin
Vorstand der Lebendigen Gemeinde München e. V.

Gender-Ideologie

idea Die Hirnforschung widerspricht der Gender-Ideologie

Die Ziele der Gender-Ideologie stehen im Widerspruch zu den Erkenntnissen der Hirnforschung. Diese Ansicht vertritt der Professor für Physiologie und Biokybernetik, Manfred Spreng in einem Interview mit der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Der englische Ausdruck Gender bezeichnet das soziale oder psychologische Geschlecht einer Person im Unterschied zum biologischen Geschlecht. Die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive (Gender Mainstreaming) ist verbindliche Richtlinie für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und gilt auch in der evangelischen Kirche. Spreng zufolge gibt es aber entscheidende Unterschiede der Anlagen von Mann und Frau. Sie lägen in der hormonellen und immunologischen Ausstattung sowie der unterschiedlichen Gehirnstruktur. Prägende Unterschiede entstünden bereits im Mutterleib. So setzten Frauen stärker das prozedurale Gedächtnis ein und seien dadurch besser in der Lage, mehrere Aufgaben gleichzeitig auszuführen (Multitasking) als Männer. Hingegen begünstige das männliche Gehirn die Erledigung funktioneller, handwerklicher Aufgaben. Dies spiegele sich etwa in der Arbeitswelt wider: So sei die Mehrzahl der Verkäufer weiblich, hingegen 98 Prozent der Kfz-Mechatroniker männlich. Obwohl Norwegen bereits seit über 30 Jahren eine Gender-Erziehung praktiziere, habe sich dort der Anteil der Ingenieurinnen von zehn Prozent kaum vergrößert. Auch der Anteil der Krankenpflegerinnen liege nahezu unverändert bei 90%. Eine ähnliche Entwicklung zeige sich bei der Kibbuz-Bewegung in Israel: Diese habe bei der Arbeit anfänglich keinen Unterschied zwischen Mann und Frau gemacht. Das habe sich später dramatisch geändert: Auf Wunsch der Frauen leisteten dort die Männer wieder die körperlich schwerere Arbeit, die Frauen hätten traditionell weibliche Arbeiten übernommen.

Kritik an „Geschlechterverwirrung“

Spreng rechnet daher nicht damit, dass die Bestrebungen der Politik in Deutschland, Frauen in typische Männerberufe zu bringen, von großem Erfolg gekrönt sein werden. Kritik äußerte er am Ziel von Gender-Vertretern, zur „Veruneindeutigung“ und „Geschlechterverwirrung“ beizutragen. Es sei gefährlich, wenn man unter zahlreichen Identitäten wählen könne, etwa androgyn, genderqueer, transgender, pangender oder crossgender. Die Dekonstruktion der Geschlechter trage nicht zu einer besseren Gesellschaft bei.

Ein Kleinkind braucht eine enge Bindung an die Mutter

Spreng warnte davor, die Bedeutung der Mutter abzuschwächen. Wenn man Mutter und Kind früh trenne, könne es Probleme beim Erlernen der Muttersprache geben. Schon im Mutterleib nehme der Mensch die Sprache der Mutter wahr. Auch nach der Geburt sei das Kind auf die Stimme der Mutter fixiert. Die Bindungsforschung zeige, dass in den ersten zwei bis drei Lebensjahren die enge Bindung an die Mutter die beste Voraussetzung für die kognitive und emotionale Sicherheit des Kindes sei. Die starke Zunahme von Lese-Rechtschreibschwäche, Sprachstörungen und Verhaltensauffälligkeiten sei auch auf die staatlich geförderte Abschaffung der Vollzeitmutter und die entsprechende Zunahme von Fremdbetreuung zurückzuführen. Mehrere

Studien zeigten, dass Krippenkinder einen deutlich erhöhten Ausstoß des Stresshormons Cortisol aufweisen. Ein dauerhaft hoher Cortisol-Wert bremse die Gehirnreifung und verändere die Struktur des Hippocampus, der zentralen Schaltstation des Gehirns. In der Folge könne es zu Hyperaktivität und Leistungsverlusten kommen.

idea **Gegenwind für die „Gender-Ideologie“**

Die „Gender-Ideologie“ bekommt politischen Gegenwind. Sie besagt, dass jeder Mensch unabhängig von seinem biologischen Geschlecht wählen kann, als Mann oder Frau zu leben. Die Fixierung auf soziale Rollen, etwa als Mutter und Hausfrau, sei auf die Erziehung zurückzuführen und müsse überwunden werden. Die Ideologie hat bei Feministinnen sowie in Politik und Kirche viele Anhänger. Beispielsweise richtete die EKD in Hannover ein Zentrum für Genderfragen ein. Gegen diese Gleichmacherei wendet sich jetzt eine wichtige Stimme in der CDU. Der Parteitag des Bezirksverbandes Nordwürttemberg beschloss am 25.10.14 in Stuttgart, die „Gender-Forschung“ und ihre Schlussfolgerungen abzulehnen. Er wendet sich unter anderem gegen die Gründung weiterer universitärer Lehrstühle zum Thema Gender in Baden-Württemberg und gegen Mittelzuweisungen des Bundes für derartige Einrichtungen. Umbenennungen wie „Studentenwerk“ in „Studierendenwerk“ sollen „mangels Mehrwert für irgendjemanden“ unterbleiben. Außerdem fordert der Parteitag seine Mitglieder auf, im Schriftverkehr und in Publikationen den männlichen Oberbegriff beizubehalten, also etwa „Studenten“ statt „Studierende“ zu schreiben. Vorsitzender des Bezirksverbandes ist der Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger der der pietistischen Bewegung nahe steht. Er ist auch Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung mit Sitz in Bonn. In Bayern rumort es ebenfalls. Mitte Oktober verließ der Bezirksvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CSU (EAK) München, Jürgen Steffan, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern. Als Begründung nannte er unter anderem den wachsenden Einfluss der „Gender-Ideologie“.

idea **Reden Sie mich bloß nicht mit Frau an**

Jahrtausende lang war klar: Es gibt Mann und Frau und die Unterschiede sind eindeutig. Seit etwa 20 Jahren greift eine Bewegung um sich, der Genderismus, die meint, die Festlegung auf Mann und Frau müsse überwunden werden. Sie sei vor allem Folge traditioneller Erziehung. Die EKD hat in diesem Jahr in Hannover eigens ein Studienzentrum für Genderfragen in Kirche und Theologie eingerichtet. Warum er den Genderismus ablehnt, erklärt der Soziologe Konstantin Mascher, der auch Prior der Kommunität Offensive Junger Christen (OJC) in Reichelsheim im Odenwald ist, im folgenden Beitrag.

Es ist schon befremdlich, wenn eine Professorin für Genderstudien und Sprachanalyse an der Humboldt-Universität zu Berlin auf ihrer Website darum bittet, statt über die „zweigendernden Ansprachen“ von „Herr und Frau“ oder „Lieber und Liebe“ nur noch mit „Sehr geehrte Profx. Lann Hornscheidt“ angeredet zu werden. „Profx“ missfällt offensichtlich die Mann-Frau-Matrix – was ihr gutes Recht ist und wofür sie persönliche Gründe haben wird. Bei uns Adressierten sorgt es jedoch für Irritation, wenn

man uns ein X für ein U vormachen möchte, und das mit Geldern aus öffentlichen Mitteln.

Falls jemand der Versuchung erliegt, die Geschlechter auf zwei zu begrenzen, muss er sich Heterosexismus, Zwangsheterosexualität, Heteronormativität oder somatischen Fundamentalismus vorwerfen lassen.

idea **Petition gegen Frühsexualisierung an Schulen**

Mit einer Petition an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wendet sich eine „Christliche Aktion“ gegen die Frühsexualisierung von Kindern. Sprecher der Initiative ist der Vorsitzende des Bundesverbands Lebensrecht, Martin Lohmann. Sie richtet sich gegen einen „staatlich erlaubten Kindesmissbrauch“. Gerade Kinder verdienen Respekt und Wertschätzung im Umgang „mit dem Geschenk der Sexualität, bei der sie nicht instrumentalisiert oder verführt werden dürfen.“

Schülerübung „Puff für alle“

Als Beispiel für die staatliche Indoktrination, gegen die sich der Aufruf wendet, zitiert die „Christliche Aktion“ aus einem Handbuch für Schulen der Soziologieprofessorin Elisabeth Tuidier. Es ermuntert Kinder, in einem „Sex-Quiz“ Begriffe wie Sadomasochismus, Dildo oder Bordell zu erläutern. Im Rahmen einer Übung „Puff für alle“ müssen die Schüler Fragen beantworten wie: „Welche Fähigkeiten brauchen Bordellmitarbeiter?“ Kinder ab 13 Jahren sollen berichten, wann sie zum ersten Mal Analverkehr hatten. „Wir fordern Lehrpläne, die solche Übergriffe ausschließen“, fasst die „Christliche Aktion“ ihr Anliegen zusammen.

Die Familie und der Zeitgeist

idea **Blüm attackiert die Familienpolitik der CDU**

Der frühere Bundesminister Norbert Blüm wirft seiner Partei, der CDU, vor, für eine „Entkernung“ von Ehe und Familie verantwortlich zu sein. Der im Grundgesetz verankerte besondere Schutz dieser Institution werde immer mehr ausgehöhlt, schreibt der 79-jährige Katholik in seinem Buch „Einspruch!“, wie die Tageszeitung „Die Welt“ berichtet. In der Umweltpolitik rede man immer von Nachhaltigkeit, aber die heutige Familienpolitik sei „alles andere als nachhaltig“, so der frühere Bundesarbeits- und Sozialminister. Die Kindheit werde immer mehr verstaatlicht, weil die Mütter an der „Arbeitsfront“ gebraucht würden. Er attackiert unter anderem die Konzentration der Politik auf die institutionelle Kinderbetreuung und Erziehung etwa in Krippen und Ganztageschulen. „Das eigentliche Kindheitsleben soll sich in der Schule abspielen“, so Blüm. Mütter und Väter würden auf ihren Freizeitwert reduziert: „Kinder erfüllen für Eltern die Funktion, die Hunde für kinderlose Paare haben.“ Bei der auf die Wirtschaft konzentrierten Familienpolitik gerate das Kindeswohl aus dem Blick; die Familie werde der Arbeitswelt untergeordnet.

idea **Haus- und Erziehungsarbeit ist Billionen Euro wert**

Die Haus- und Erziehungsarbeit ist ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor, der sich etwa mit dem Finanzsektor messen kann. Das geht aus vorläufigen Berechnungen des Nationalen Statistikamtes von Großbritannien hervor. Zum ersten Mal soll dort die Wirtschaftskraft unbezahlter Haus- und Erziehungsarbeit gemessen werden. Nach

ersten Schätzungen summieren sich diese Leistungen auf umgerechnet etwa 3,8 Billionen (3.800 Milliarden) Euro. Genaue Zahlen für das sogenannte „unbezahlte Brutto-Inlands-Produkt“ will das Statistikamt im nächsten Jahr vorlegen. Berechnet wird etwa der Wert von häuslicher Kindererziehung, Hausarbeit wie Waschen, Bügeln und Putzen oder Fahrten, mit denen Kinder zur Schule oder Freizeitaktivitäten gebracht werden. Maßstab sind die Kosten, die entstehen würden, wenn man dafür kommerzielle Dienstleistungen wie etwa Putzhilfen oder Taxifahrten in Anspruch nähme.

Bereits jetzt liegen Schätzungen einzelner Dienstleistungen vor, wie die Londoner Zeitung „Sunday Times“ berichtet. So werde unbezahlte Kinderbetreuung für das Jahr 2012 mit 430 Milliarden Euro angesetzt; Transportkosten, etwa für Schulfahrten, summierten sich auf 337 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der deutsche Bundeshaushalt 2015 hat ein Volumen von rund 300 Milliarden Euro.

Derzeit verzichten in Großbritannien annähernd 2,3 Millionen Bürger auf Erwerbsarbeit, um für Haushalt und Kinder zu sorgen. Das waren etwa 47.000 weniger als im Vorjahr.

In Deutschland fordern einige Kritiker der flächendeckenden Kinderkrippenbetreuung eine stärkere finanzielle Förderung von Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen. Sie können Betreuungsgeld für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr beziehen, wenn sie dafür keine öffentlichen Einrichtungen in Anspruch nehmen. Das Betreuungsgeld beträgt 150 Euro pro Monat. Im ersten Quartal 2014 wurde für knapp 146.000 Kinder Betreuungsgeld gezahlt. Zu rund 95% beziehen Mütter diese Leistung.

idea In vielen Ländern gilt die „Ehe“ nur für Mann und Frau

In vielen mittel- und osteuropäischen Staaten ist eine „Homo-Ehe“ per Verfassung ausgeschlossen. Die Ehe ist auf die „Verbindung von Mann und Frau“ beschränkt. Dieser Grundsatz gilt etwa in Bulgarien, Kroatien, Lettland, Litauen, Moldawien, Montenegro, Polen, Serbien, der Ukraine, Weißrussland und der Slowakei. Dort ist jetzt freilich eine Volksabstimmung zur „Homo-Ehe“ und Adoptionsrechten für gleichgeschlechtliche Partner sowie zum Sexualkundeunterricht mangels Beteiligung gescheitert. Allerdings lehnten 94,5% ein Adoptionsrecht für homosexuelle Partner ab; 92,4% sprachen sich dafür aus, die Ehe auf Mann und Frau zu beschränken, und 90,3% stimmten für das Recht der Eltern, ihre Kinder vom Sexualkundeunterricht abzumelden.

Über den Kampf für ungeborene Kinder

idea Abtreibung – die größte Katastrophe der Menschheit

Die Tötung ungeborener Kinder ist die größte Katastrophe der Menschheit. Davon ist der Vorsitzende des Treffens Christlicher Lebensrecht-Gruppen (TCLG), Hartmut Steeb überzeugt. Jedes Jahr würden in aller Welt laut der Weltgesundheitsorganisation über 40 Millionen Kinder im Mutterleib getötet. Das seien mehr als doppelt so viele Menschen wie Zahl derer, die durch Hunger, Naturkatastrophen Unfälle, Terroranschläge sowie Krankheiten wie Aids und Ebola ums Leben kämen, sagte Steeb bei einer TCLG-Veranstaltung. Er schlug die Einberufung einer Konferenz mit den Spitzen der Gesellschaft vor, um „den Skandal der vorgeburtlichen Kindestötungen zu

beenden“. Zugleich müssten Lebensrechtler stärker deutlich machen, dass sie nicht allein gegen das derzeitige System sind, das Abtreibungen ermöglicht, sondern vor allem für das Leben stehen.

Eine Wahlstimme für jedes Kind

Dazu legte Steeb, der im Hauptamt Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz ist, ein Zehn-Punkte-Programm für den Lebensschutz vor. Es mahnt unter anderem Änderungen in der Familienpolitik an. Nötig sei eine Wahlfreiheit für Familien statt einer einseitigen Bezuschussung außerfamiliärer Kinderbetreuung: „Wer seine Kinder vollzeitlich selbst erzieht, muss die gleiche Subventionierung erhalten wie jene, die das nicht tun und deshalb auch noch ein zweites Gehalt erwirtschaften können.“ Zudem müssten Familien für jedes Kind eine zusätzliche Wahlstimme erhalten, die Eltern stellvertretend abgeben könnten, so der Lebensrechtler.

Steeb hält außerdem Änderungen in der Gesetzgebung für unumgänglich. Abtreibung ist zwar verboten, aber nach einer Rechtsberatung straffrei. Die Folge sei, dass jährlich in Deutschland mehr als 100.000 Mal an Ungeborenen die Todesstrafe vollzogen werde, obwohl sie im Grundgesetz abgeschafft sei. Steeb zog einen Vergleich: „Als Autofahrer würde ich gerne einmal im Jahr zu einer Verkehrsberatung gehen und dürfte anschließend fahren wie ich will.“ Er forderte ferner einen wahrhaftigen Umgang in der Abtreibungsdebatte an: „Es scheint niemanden zu stören, dass mehr Abtreibungen staatlich abgerechnet als beim Statistischen Bundesamt gemeldet werden.“ Auch müsse die Finanzierung der Tötung von Kindern im Mutterleib aus öffentlichen Mitteln beendet werden. An die Christen appellierte Steeb, für Menschen in Schwangerschaftskonflikten zu beten: „Entscheidende Veränderungen geschehen nicht durch Programme, Diskussionen oder Proteste: Sie kommen durch die Veränderung von Herzen.“

kath.net 45.000 Teilnehmer beim „Marsch für das Leben“ in Paris

Mehr als 45.000 Menschen haben am zehnten „Marsch für das Leben“ am 25. Januar in Paris teilgenommen. Etwa die Hälfte der Demonstranten war unter 30 Jahre alt. Zu der Demonstration hatten neben Lebensrechtsgruppen katholische Bischöfe und Papst Franziskus aufgerufen. Die Demonstranten protestierten gegen Abtreibung und Sterbehilfe. In Deutschland hatten sich an der gleichlautenden Demonstration im vergangenen September in Berlin rund 6.000 Personen beteiligt. Im Jahr davor waren es 4.500.

idea Bekennender Christ kann in München nicht Gesundheitsreferent werden

Die Mitgliedschaft in der Organisation „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA) hat die Wahl eines bekennenden Christen zum Leiter des Referates für Gesundheit und Umwelt in München verhindert. Der 42-jährige Markus Hollemann hatte sich um den Posten beworben. Er ist seit 2009 Bürgermeister von Denzlingen nahe Freiburg. Für das Münchner Amt, das auch die Aufsicht über eine Beratungsstelle für Schwangerschaftskonflikte enthält, hatte die CSU das Vorschlagsrecht. Die Wahl sollte am 28. Januar erfolgen. Am Vortag meldete die „Süddeutsche Zeitung“, dass Hollemann mit „radikalen Abtreibungsgegnern“ sympathisiere. Ihm wurde Unterstützung der Menschenrechtsorganisation „Christliche Solidarität International“ (CSI) vorgeworfen.

Die Opposition im Münchner Stadtrat (vor allem Bündnis 90/Die Grünen und Linke), aber auch Teile der SPD-Fraktion sowie zahlreiche Medienkommentare forderten die CSU auf, ihren Kandidaten zurückzuziehen.

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in München, Jürgen Stefan, nannte es befremdlich, dass seine Partei einen renommierten Fachmann aus nichtigen Gründen fallen gelassen habe. ALfA und CSI seien angesehene Organisationen, die christliche Positionen öffentlich verträten, etwa das uneingeschränkte Lebensrecht aller Menschen oder die Solidarität mit verfolgten Christen. Ihre Programme enthielten kein undemokratisches oder religionsfeindliches Gedankengut.

Die Bundesvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL), Mechthild Löhr übt scharfe Kritik an der Intoleranz und am Verhalten der Münchner CSU/SPD-Koalition: „Will man etwa ein **politisches Berufsverbot für Bürger, die das Grundgesetz und das Recht auf Leben ernst nehmen?** Darf man nicht mehr öffentlich kritisieren, dass jährlich mehr als 100.000 Babys in Deutschland legal abgetrieben werden?“

Die ALfA-Vorsitzende Claudia Kaminski äußert in einer Stellungnahme, dass Menschen diffamiert würden, „die sich aufrecht um wichtige Belange unserer Gesellschaft kümmern“. Der Verband engagiert sich für die Menschenrechte von der Zeugung bis zum natürlichen Tod.

(Anm. d. Red.: Von einer Unterstützung der Bewerbung Herrn Hollemann's durch unsere Kirche ist nichts bekannt, wohl aber von einer Diffamierung der CSI in diesem Zusammenhang durch den Weltanschauungsbeauftragten unserer Kirche).

Oekumene

idea **Lutheraner beim Papst**

Papst Franziskus und der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Landesbischof Gerhard Ulrich traf am 18.12.2014 im Vatikan zu einer Privataudienz zusammen.

Über Ehe, Familie und Sexualität reden

Der Papst sagte, es scheine das gemeinsame Ziel der vollen und sichtbaren Einheit der Christen bisweilen in die Ferne zu rücken, wenn unterschiedliche Deutungen des Kirchenverständnisses und der Einheit aufträten. Doch dürfe man trotz dieser noch offenen Fragen nicht aufgeben. Von größter Aktualität seien auch ethische Fragen über die Würde des Menschen am Anfang und am Ende des Lebens sowie zu Familie, Ehe und Sexualität. Diese Themen dürften nicht übergangen werden, nur weil man den bisher erreichten ökumenischen Konsens nicht aufs Spiel setzen wolle. Der Papst: „Es wäre sehr schade, wenn es angesichts dieser wichtigen, mit dem menschlichen Dasein verknüpften Fragen zu neuen konfessionellen Differenzen kommen würde.“

Aufgelesen

idea **Kirchenleiter: Gottes Gericht ernstnehmen**

Die Mahnung einiger evangelikaler Theologen, das Gericht Gottes nicht aus der Verkündigung auszublenden, stößt bei evangelischen Kirchenleitern nicht auf taube Ohren. Vielmehr plädieren sie dafür, die Verantwortung des Menschen vor Gott ernst

zu nehmen. Dafür hat sich etwa der EKD-Ratsvorsitzende, der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm schon früher ausgesprochen.

Jetzt stimmen die westfälische Präses Annette Kurschus und ihr rheinischer Amtskollege Manfred Rekowski in diese Stimmen ein („Die Welt“ am 20.12.2014). So bekräftigte Kurschus, dass den Menschen tatsächlich ein Richter erwarte. Gott werde am Ende des Lebens „auf mein Leben zurückkommen und sein Urteil sprechen“. Das bewirke beim Gläubigen Bescheidenheit und Demut. Denn der Glaube an einen richtenden Gott stelle sicher, dass sich der Mensch nicht selbst als Gott aufführe.

Wie die Zeitung weiter schreibt, sind die Gerichtstexte der Bibel in der evangelischen Verkündigung weitgehend aussortiert worden. Die EKD räume auf ihrer Internetseite ein, dass es der Kirche nicht um eine Drohbotschaft gehe, sondern um eine Frohbotschaft. Nach Rekowskis Ansicht kann die Kirche nur deshalb vom Gericht Gottes sprechen, „weil wir nicht einen ‚Richter Gnadenlos‘ erwarten, sondern den für uns Gerichteten Jesus Christus“.

„Gottesverniedlichung“

Der frühere Leiter des Amtes für Missionarische Dienste der Evangelischen Kirche von Westfalen, Pastor Klaus Jürgen Diehl und der Vorsitzende der Evangelistenkonferenz, der Theologe Jörg Swoboda kritisierten das Fehlen des Gerichts Gottes in der evangelischen Verkündigung. Diehl sprach von einer „Gottesverniedlichung“. Man mache das Evangelium zum Wohlfühlangebot, das Menschen nicht mehr beunruhigt fragen lasse: „Was muss geschehen, dass ich mit meinem Leben nicht vor die Wand fahre, sondern das Ziel erreiche und von Gott angenommen werde?“ Nach Swoboda Überzeugung kann man Jesus Christus nicht als Retter predigen, ohne zu sagen, wovor er rettet. In der Frage, ob das Evangelium Frohbotschaft oder Drohbotschaft sei, sieht Swoboda eine falsche Alternative: „Das Evangelium ist die frohe Botschaft von der Rettung im drohenden Endgericht.“

idea Wenn sich die Theologie gegen den Glauben stellt

Scharfe Kritik an der Universitätstheologie hat der evangelische Theologe Sebastian Moll geübt. Elementare Glaubensbekenntnisse wie die Jungfrauengeburt, die leibliche Auferstehung Jesu von den Toten und Wunder bis hin zur Menschwerdung Gottes würden uminterpretiert bzw. nicht für möglich gehalten, weil sie der eigenen Vernunft widersprächen. „Die Theologie ist in einer Krise, wenn sie sich gegen den Glauben und die klaren Aussagen der Bibel stellt“, sagte er bei der Herbsttagung der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in der „Nordkirche“ am 25. Oktober 2014 in Henstedt-Ulzburg bei Hamburg. Moll war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Mainz. Nach seinen Worten hat die Theologie eine dienende Funktion gegenüber dem Glauben: „Wir haben Gott nicht vorzuschreiben, wie er sich zu offenbaren hat.“ Die theologische Offenbarungskritik gehe teilweise so weit, dass der Opfertod Jesu am Kreuz angezweifelt werde.

idea Landeskirche regelt Ansprachen in Gottesdiensten

Die bayerische Landeskirche hat ihre Grundsätze für Ansprachen von nicht-ordinierten Personen während eines Gottesdienstes präzisiert. In den neuen „Leitlinien für die Ausübung des Kanzelrechts“ heißt es, dass Gastbeiträge und Grußworte von

Nichtchristen die Predigt nicht ersetzen könnten. Religiöse, philosophische und politische Reden, die nicht der Verkündigung des Evangeliums dienen, aber die Hauptsache der Veranstaltung bildeten, sollten außerhalb eines Gottesdienstes stattfinden. Vorträge in einem Kirchenraum sollten nicht von der Kanzel aus gehalten werden. Die Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB) begrüßt die Klarstellung. Sie sei eine Reaktion auf den Protest von knapp 200 evangelischen Pfarrern, Diakonen und Prädikanten gegen die „Kanzelrede“ eines muslimischen Geistlichen im März letzten Jahres. In einem Gottesdienst in der Münchner St. Lukas-Kirche hatte Imam Benjamin Idriz von der Kanzel eine Ansprache gehalten, die nach Ansicht der Kritiker die Predigt ersetzte. Wie der KSBB-Vorsitzende, Andreas Späth *idea* sagte, bewegt sich die Landeskirche in die richtige Richtung. Noch besser wäre es, gottesdienstliche Reden von Ungetauften, Atheisten und Angehörigen oder Vertretern nicht-christlicher Religionen grundsätzlich zu untersagen.

epd **Protestanten verlassen Kirche**

Im vergangenen Jahr haben so viele deutsche Protestanten ihre Kirche verlassen wie seit 20 Jahren nicht mehr. Die Zahl der Austritte stieg 2014 auf deutlich mehr als 200 000. In Bayern, der drittgrößten Landeskirche, traten im vergangenen Jahr über 30.000 Menschen aus, 2013 waren es 19 000.

Literaturhinweise

Verlag Logos Editions, Manfred Spreng:

Es trifft Frauen und Kinder zuerst – Wie der Genderismus krank machen kann!

22 Seiten, ISBN 978-3-9814303-9-4

€ 1,00 (Staffelpreise)

idea ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der evangelischen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

Das Nachrichtenmagazin *ideaSpektrum* erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert Ihnen aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. *ideaSpektrum* wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich** (zzgl. Versandkosten):

€ 6,80 Euro für Privatpersonen,

€ 4,90 Euro für Schüler, Studenten, Azubis, BFDler, Diakonissen.

Versandkosten: Deutschland 1,90€ - Europa 2,25€ - Welt 4,10€

Sie können *ideaSpektrum* jetzt 3x gratis testen.

Informationen und Bestellungen sind unter folgender Telefonnummer und über die *idea* Homepage möglich: **(0 64 41) 915 – 122 / www.idea.de**

Feld für
Adresse und Postvermerk

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München

Wir danken für die Zuschriften, die wir sorgsam bedenken. Wir bitten um Verständnis, dass wir nicht alle individuell beantworten können, da wir ehrenamtlich arbeiten und über kein Büro verfügen.

Wir danken den Spendern, die die Herausgabe dieses Informationsbriefes wieder ermöglicht haben. Da wir keinerlei Zuschüsse erhalten, sind wir **auf Ihre Spenden angewiesen**.

Namentlich wollen wir besonders dem am 6. Januar.2015 zu unserem Herrn heimgerufenen Prof. Dr. Dieter Bierlein, Regensburg, danken für die tätige und großzügige finanzielle Unterstützung unserer Arbeit.

Zum Nachdenken

Bonhoeffer erinnerte die Kirche daran, der Gesellschaft zu dienen: „Aber nicht so, dass sie ihr folgsam die Schleppe hinterherträgt und das Bestehende geistlich sanktioniert und absegnet, sondern indem sie unserer Gesellschaft mit dem Licht der biblischen Botschaft vorangeht und anzeigt, wohin der Weg führen muss, wenn er ein guter Weg im Sinne Gottes für alle sein soll.“

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der Arbeitsgemeinschaft LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V., herausgegeben. ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de

Druck: IRIS Buch- und Offsetdruck Karl Singer e. K., Zugspitzstr. 14, 81541 München

Herstellung und Versand der InfoBriefe kosten viel Geld, das durch Spenden aufgebracht wird. **Wir bitten und hoffen, dass viele Freunde mit Spenden die Herausgabe des Infobriefes auch weiterhin ermöglichen.**

Die Lebendige Gemeinde München e. V. ist als gemeinnützig anerkannt und kann steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigungen ausstellen. Bitte geben Sie dazu auf Ihrer Überweisung deutlich Name und Adresse an.

Unsere Bankverbindung:

Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1, IBAN: DE93520604100003403904
Konto Nr. 3403904, BLZ: 52060410, (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Der vorliegende InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller nachbestellt werden